

Neue Osnabrücker Zeitung / 16.08.2021

Union: Insolvenzpflicht im Flutgebiet länger aussetzen

DÜSSELDORF Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) hat sich dafür ausgesprochen, die Aussetzung der Insolvenzpflicht für die vom Hochwasser betroffenen Firmen zu verlängern. „An einer Stelle greift die Hilfe der Bundesregierung noch

zu kurz: Die Unternehmen in den Hochwasser-Gebiete sollen bis Ende Oktober von der Pflicht befreit werden, Insolvenz zu beantragen. Einzelhändlerinnen, Mittelständler, Familienunternehmen. Das reicht mir nicht“, sagte Laschet der „Rhein-Zeitung“. „Wir müssen ihnen mehr Luft verschaffen.“

Laschet sagte der Zeitung, es müsse eine Aussetzung bis Januar nächsten Jahres geben. „Wer vor Ort die Zerstörung gesehen hat, der weiß: Wir reden hier nicht über Wochen des Aufbaus.“ Er erwarte von der Bundesregierung, dass sie ihren Vorschlag in diesem Sinne überarbeite.

Die Unionsfraktion im Bundestag erklärte, sie unterstütze den Vorstoß Laschets. Angesichts der verheerenden Zerstörungen vor allem im Westen Deutschlands bräuchten die Unternehmen

mehr Zeit, um sich zunächst den dringlichsten anstehenden Arbeiten widmen zu können. Sie sollten Luft haben, um etwa Anträge auf Hilfgelder zu stellen oder ihre zum Teil von der Flut schwerst geschädigten Betriebe überhaupt erst einmal wieder in einen arbeitsfähigen Zustand bringen zu können. Die gesetzliche Regelung solle am 25. August 2021 in der Sondersitzung des Deutschen Bundestages beraten werden, erklärte Fraktionsvize Thorsten Frei. **AFP**